

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 4

Artikel: Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst
Autor: Studer, Hans-Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst

Hans-Peter Studer gehört zu den wenigen Ökonomen, die noch in wirtschaftsethischen und ökologischen Alternativen denken. Er wurde bekannt durch sein 1992 in dritter Auflage erschienenes Buch «Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Kritik der materialistischen Gesellschaft und Wege zu ihrer Überwindung». 1995 kam als weitere wichtige Publikation «Gesundheit in der Krise. Fakten und Visionen» hinzu. Der folgende Beitrag ist ein Plädoyer für eine ökologische und soziale «Bandbreiten-Marktwirtschaft», die sich den Wachstumszwängen des (Finanz-)Kapitals auf Kosten der Natur entzieht, die Einkommen und Unternehmensgewinne auf ein Existenzmaximum begrenzt und Nachhaltigkeit als «Gesund schrumpfen», als «sustainable shrinking», begreift. Der Artikel ist die gekürzte Fassung eines umfangreichen Referates, das auch die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen und einem ergänzenden Arbeitsmarkt begründet, einer ökologischen Finanz- und Steuerreform das Wort redet und sich mit der freiwirtschaftlichen Zinstheorie kritisch auseinandersetzt. Dieser ursprüngliche Text ist soeben im Bericht Nr. 20 der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, D-83406 Laufen/Salzach, erschienen. Red.

«Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung»

«Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung.» Diese Aussage des St. Galler Ökonomen *Hans Christoph Binswanger*¹ ist nicht nur so zu verstehen, dass Leute mit Geld Gefahr laufen, ihr Herz daran zu hängen und nie genug davon ergattern zu können. Der Drang oder der Zwang zur Vermehrung liegt auch im Geld selbst: *Aristoteles* hat einst geschrieben, Geld als tote Substanz könne kein weiteres Geld gebären, und damit Zins als etwas gänzlich Widernatürliches bezeichnet.² Uns moderne Menschen mutet seine Aussage seltsam an. Und dennoch beinhaltet sie eine tiefe Wahrheit, die uns jedoch aufgrund unseres neuzeitlichen Geld- und Wirtschaftsverständnisses nicht mehr geläufig ist.

Zins ist für uns längst zu etwas *Selbstverständlichem* geworden. Wir fragen nicht mehr, woher er eigentlich kommt. Doch genau in dieser Frage liegt die Brisanz. Zins fällt ja nicht einfach vom Himmel.

Wie aber ist es möglich, dass sich Geld vermehrt, dass eine Geldsumme durch den Zins z.B. nach einem Jahr um sechs Prozent grösser ist? Im Einzelfall wird das so geschehen, dass der betreffende Geldbetrag jemandem weggenommen wird, dass er nach Ablauf der Zinsperiode irgendwo fehlt. Zinsgewinne und Zinsverluste sind allerdings nicht bloss ein Nullsummenspiel. Denn auch gesamtwirtschaftlich nimmt die *Geldmenge* laufend zu. Wenn aber nur zusätzliches Geld gedruckt und in Umlauf gebracht würde, dann hätten wir lediglich Inflation. Wir hätten dann zwar mehr Geld, aber es wäre weniger wert. Es reicht also gesamtwirtschaftlich gesehen nicht aus, Geld lediglich über den Zins zu vermehren, sondern es muss auch ein *realer Gegenwert* grösser werden. Die Menge der jährlich produzierten Güter und Dienstleistungen muss ebenfalls wachsen.

Dass dies geschieht, dazu ist der Zwang ebenfalls im Geld selber eingebaut. Denn es wird, ausgehend von der *National- oder Notenbank*, immer über eine verzinsliche

Schuld in Umlauf gebracht. Sowohl der Staat als auch die Banken und die Unternehmungen, die einen Kredit aufnehmen, müssen ihn verzinsen. Das können sie nur, wenn sie im Fall des Staates weiteres Geld an sich ziehen oder im Fall von Banken und Unternehmen mit dem Geld «arbeiten», indem sie es vor allem dazu einsetzen, «wertlose» Natur in «wertvolle» Güter und Dienstleistungen zu verwandeln, und gleichzeitig möglichst mehr aus der menschlichen Arbeitskraft herausholen, als sie ihr entschädigen müssen.

Mit anderen Worten: Dort, wo Geld nicht einfach nur dazu dient, die Ausgaben für Güter des täglichen Bedarfs zu bestreiten, sondern wo finanzielle Mittel in einem solchen Überfluss vorhanden sind, dass sie gewinn-, rendite- oder zinsbringend angelegt werden, setzt dies im Endeffekt materielle Wachstumsprozesse in Gang. Dieser systemimmanente Wachstumsmechanismus aber geht auf Kosten der *Natur als Rohstofflieferant und Abfalldepot*, und er wird vorangetrieben mit Hilfe von technikgewordener Natur in Form von Maschinen und Energie.

Je stärker in der Folge die Produktion auf Maschinen basiert, je mehr sie automatisiert wird, desto gravierender werden die Folgelasten aber nicht nur für die Natur, sondern auch für die *menschliche Arbeit*. Sie wird mehr und mehr durch maschinelle Arbeit ersetzt, und die Erträge der Produktion fließen immer ausgeprägter zu denjenigen, die Kapital für die maschinelle Produktion zur Verfügung gestellt haben, und immer weniger zu jenen, die nur ihre menschliche Arbeitskraft anbieten können. Die Diskrepanz zwischen Reich und Arm wächst, sowohl national als auch im internationalen Kontext. Geld fließt dorthin, wo es bereits ist, und je stärker es sich konzentriert, desto grösser werden Wachstumszwänge und Rationalisierungsdruck.

Sustainable Shrinking ist angesagt

So unbequem das vorerst klingen mag, wir werden unter dem Gesichtspunkt einer wieder *zukunftsverträglichen Entwicklung*

nicht umhin kommen, die Grundprämissen unserer hochgehaltenen westlichen Marktwirtschaft ebenso zu hinterfragen wie das weit übersteigerte Produktions- und Konsumvolumen, zu welchem sie geführt haben. Gemäss Studien der europäischen Umweltorganisationen, die von der EU mitfinanziert wurden, leben wir in den reichen Ländern Europas auf einem Niveau, bei welchem wir mehr als fünfmal soviel Rohstoffe und Energie verbrauchen, wie uns im Rahmen einer nachhaltigen, zukunftsverträglichen Lebensweise zustehen würde, die nicht auf Kosten kommender Generationen ginge.³ Auf die Schweiz umgelegt, benötigten wir mit unserem heutigen Lebensstil eine Fläche, die mehr als fünfmal so gross wäre wie unser Staatsgebiet. Oder anders ausgedrückt: Würde die ganze Menschheit auf derart grossem Fuss leben wie wir heute, dann wären sozusagen *fünf Planeten Erde* erforderlich, um das auf naturverträgliche Weise zu gewährleisten.

Wir müssen folglich mit der Art, wie wir wirtschaften, wieder dazu kommen, die Natur lediglich zu nutzen und sie nicht zu übernutzen. Wir müssen wieder *naturverträglich* leben. Und hierzu sind in erster Linie wir in den reichsten Ländern der Erde gefordert; wir sind so gesehen die *wahren Entwicklungsländer*, weil wir weit über die Verhältnisse leben. Auch und erst recht nach Rio kann das Rezept für uns nicht «sustainable growth», nachhaltiges Wachstum, heissen und auch nicht einfach «sustainable development», nachhaltige Entwicklung. Gefordert und anzustreben ist ganz klar «sustainable shrinking», *nachhaltiges Gesundshrumpfen*. Wir müssen wieder zum menschlichen Mass zurückfinden, und das beginnt vorerst bei jedem und jeder einzelnen von uns.

Wir alle haben die Freiheit, uns wieder zu besinnen, welcher *persönliche Lebensstil* uns zuträglich ist und wo wir Gefahr laufen, unser Selbstwertgefühl und unsere Identität nur noch aus den Konsummöglichkeiten zu beziehen, auf die wir meinen angewiesen zu sein. Wir können für uns erkennen, wieviel reicher wir werden, wenn wir trotz all der Verlockungen um uns

herum wieder lernen, über unseren Bedürfnissen zu stehen. Jedes Konsumgut, das wir nicht mehr einfach nur kaufen, weil es die Nachbarn auch haben oder weil es gerade Mode ist, stellt nicht nur für die Natur eine Erleichterung dar, sondern befreit auch uns selber aus unseren selbstgeschaffenen Zwängen. Je besser es uns gelingt, unser Konsumverhalten zwar nicht fanatisch, aber konsequent zu reflektieren und umzustellen, desto klarer werden wir erkennen, wieviel Überflüssiges an Überflüssigem wir uns bisher geleistet haben und wieviel überflüssige Arbeit wir aufwenden mussten, um dieses Überflüssige zu bezahlen.

Sobald *Konsumieren* nicht mehr unseren fast einzigen und wichtigsten Lebensinhalt darstellt, werden wir auch wieder Zeit für das Wesentliche finden, für die Familie und für das Zusammensein mit Freunden, für das Engagement für andere und für die Natur. Wir werden wieder in der Lage sein, uns vermehrt in der Natur aufzuhalten, ihre Kraft zu spüren und zu uns selbst zu finden. Es wird mir in der Folge auch gelingen, einen Sinn in meinem Leben zu entdecken, und das, was mir wichtig ist, auf andere auszustrahlen. Einzelne kleine Impulse der Veränderung können sich so mit andern verbinden und eine grosse Kraft entwickeln, die im übrigen weltweit bereits im Entstehen begriffen ist, die aber angesichts der vielen Krisen- und Katastrophenmeldungen leicht übersehen wird.

Die Marktwirtschaft braucht neue Rahmenbedingungen

Allein, ein *Bewusstseinswandel* in wachsenden Teilen der Bevölkerung reicht nicht aus, um auf einen anderen, zukunftsverträglichen Entwicklungspfad zu gelangen. Er muss begleitet und ergänzt werden durch eine *Veränderung der Rahmenbedingungen* der Marktwirtschaft. Gerade die bisherigen Rahmenbedingungen sind nämlich verantwortlich dafür, dass wir überhaupt in die heutige Lage des völlig übersteigerten und verselbständigten Produzierens und Konsumierens geraten sind. Zudem wäre unsere derzeitige, auf Wachstum

programmierte Geld-Konkurrenz-Marktwirtschaft gar nicht imstande, mit einem zurückhaltenderen Konsumverhalten breiterer Bevölkerungskreise umzugehen, sondern würde dadurch sogleich in noch ernsthaftere Krisen geraten.

Eines ist zwar richtig: Eine Volkswirtschaft auf der *Basis der Selbstregulation* über Angebot und Nachfrage aufzubauen, ist sicher sinnvoller und zweckmässiger, als sie zentral planen und steuern zu wollen. Wie die Praxis im Ostblock in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt hat, ist kein Planer der Komplexität einer ganzen Volkswirtschaft gewachsen, und er muss zu repressiven Mitteln greifen, um dennoch einigermassen über die Fünfjahrespläne zu kommen. Die Tatsache, dass eine Marktwirtschaft einer Planwirtschaft vom Ordnungsprinzip her grundsätzlich überlegen ist, kann jedoch nicht heissen, dass die Selbstregulation von Angebot und Nachfrage einfach sich selbst überlassen werden darf. Andernfalls kommt es zu einer Selbstwucherung nach dem oben skizzierten Muster, zu einer Eskalation der Bedürfnisse auf Kosten der Natur, zu einer Ausbeutung auch des Menschen und zu immer grösseren Verteilungsungerechtigkeiten.

Wenn jeder einfach nur seinen eigenen Nutzen verfolgt und als Einzelperson oder Unternehmen soviel für sich selber akkumulieren kann, wie ihm passt, dann sind unsinnige und untragbare Entwicklungen die Folge. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage braucht zwingend *gesellschaftliche Regeln*, in die es eingebettet ist. Diese müssen rechtlich verbindlichen Charakter haben und bei den zentralen Antriebskräften unseres Wirtschaftens ansetzen.

Zudem müssen neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sozusagen vor Ort eingeführt werden. Es genügt nicht, die Verantwortung nach bisherigem Muster an andere Länder oder an die grossen Wirtschaftsblöcke zu delegieren und auf die Weltregierung zu warten. Veränderte Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft müssen so sein, dass *einzelne Staaten* eine *Pionierrolle* übernehmen können, ohne dass sie deswegen zum Scheitern verurteilt

sind. Und sie müssen substantieller, umfassender Natur sein, d.h. an die Wurzeln der heutigen Fehlentwicklungen reichen und Korrekturen in mehreren gesellschaftlichen Bereichen zugleich bewirken.

Obergrenzen für Einkommen und Gewinne

Die Zielsetzung einer wieder selbstorganisierten und nicht mehr selbstwuchernden Marktwirtschaft kann nur dann erreicht werden, wenn zusätzlich zum Faktor Energie und Energiepreis auch das *Thema Geld* mit in Betracht gezogen wird. Ursächlicher noch als Zins und Zinseszins stellt dabei die Akkumulation von Geld und Kapital das zu lösende Problem dar. Wenn ihr keine Grenzen gesetzt werden, wird Geld weiterhin dorthin fließen, wo es bereits ist, auf Kosten jener, bei denen es dann fehlt, und verbunden mit Zwängen zur weiteren Vermehrung auf Kosten der Natur als Rohstofflieferantin und Abfalldepot.

Wird andererseits die Möglichkeit zur Geld- und Kapitalanhäufung eingeschränkt, dann löst sich auch das *Zinsproblem*, weil die Zinsen auf einen tiefen Wert sinken. Naheliegender wäre, damit bei den Vermögen und bei der Vermögensbesteuerung anzusetzen. Dies würde jedoch einen zu massiven Eingriff in das heutige System bedeuten. Es ist deshalb zweckmässiger, der Kapitalakkumulation über die *Arbeits- und Kapitaleinkommen* Grenzen zu setzen. Eine einfache Möglichkeit besteht darin, im Sinn von stabilisierenden Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft Obergrenzen für die jährlichen Einkommen natürlicher Personen und für die Gewinne von juristischen Personen, sprich: Unternehmen, vorzugeben.

Am besten geschieht dies in Kombination mit dem *garantierten Grundeinkommen*, indem in der Verfassung eines Landes festgeschrieben wird, dass das steuerbare *Maximaleinkommen* natürlicher Personen z.B. nicht mehr als siebenmal so hoch sein darf wie das garantierte Grundeinkommen. Eine separate Obergrenze gilt für Kapitaleinkommen, indem sie das Anderthalb-

fache des garantierten Grundeinkommens nicht übersteigen dürfen. Analog zu den Einkommen natürlicher Personen unterliegen aber auch die *Gewinne der Unternehmen* einer Obergrenze, zumal die Kapitalakkumulation hier das noch viel grössere Problem darstellt als bei Privatpersonen. Der Gewinnbetrag, den juristische Personen jährlich einbehalten können, beläuft sich z.B. auf maximal das Fünfundzwanzigfache der Einkommensobergrenze natürlicher Personen, und zwar unabhängig vom Umsatz des betreffenden Unternehmens. Gleichzeitig entfällt das Holdingprivileg, das heisst, es ist nicht mehr möglich, mehrere Unternehmen ohne Steuerfolgen zu verschachteln.

Zwischen garantiertem Grundeinkommen und steuerbarem Maximaleinkommen oder Maximalgewinn würden die Einkommen und Gewinne zwar progressiv, aber gemässigt besteuert, mit der Zielsetzung, dass unterhalb der Obergrenze ein Grossteil der Einkommen und Gewinne bei den Steuerpflichtigen verbleibt. Wer andererseits mit seinem Einkommen oder Gewinn diese Obergrenze überschreitet, hat vorerst selber die Möglichkeit zu bestimmen, an wen er den Überschuss weitergeben will. *Schenkungen* sind nämlich neu steuerlich voll abzugsfähig. Geld erhält damit auch Schenkungscharakter; es wird dorthin gelenkt, wo noch tatsächlicher Bedarf danach besteht, und dient nicht mehr bloss dazu, bestehende Grossvermögen zu vermehren oder in Grossunternehmen die «Kriegskassen» zu füllen.

Vorteile einer Bandbreiten-Marktwirtschaft

Aus derartigen Obergrenzen, verbunden mit einem garantierten Grundeinkommen, resultiert eine Bandbreiten-Marktwirtschaft. In ihr ist die Möglichkeit zur individuellen Einkommenssteigerung und zur Gewinnerzielung auf eine vorgegebene, in der Verfassung festgeschriebene Bandbreite beschränkt. Innerhalb dieser Bandbreite gilt das weitgehend freie Spiel von Angebot und Nachfrage. Der Wettbewerb

zwischen den einzelnen Unternehmen nimmt nun aber wieder überschaubare und humanere Dimensionen an und ist *frei von Wachstumszwängen*. Denn die Wirtschaft setzt sich jetzt zusammen aus *Klein- und Mittelbetrieben*, die in erster Linie für einen lokalen und regionalen Markt tätig sind und auch vermehrt miteinander kooperieren. Jene wenigen *Grossunternehmen*, die nach wie vor nötig und zweckmässig sind, wie Bundesbahn oder Post, sind (wieder) *halböffentlich* und einer demokratischen Kontrolle unterstellt.

Die wieder lokal und regional ausgerichteten Wirtschaftsstrukturen haben bedeutend *kürzere Transportwege* und ein viel *geringeres Verkehrsaufkommen* zur Folge. Produkte werden wieder vermehrt dort konsumiert, wo sie hergestellt wurden. Dadurch entsteht ein engerer Kontakt zwischen Konsumierenden und Produzierenden. Der Konsument beginnt besser darauf zu achten, welche Produkte er kauft und unter welchen Bedingungen sie erzeugt wurden. Das Konsumverhalten wird aber auch dahingehend bewusster, dass bedingt durch die Einkommensobergrenzen positionale Luxusgüter ihren Stellenwert verlieren. Produkte werden wieder aus Zweckmässigkeitsüberlegungen gekauft und nicht, um anderen damit zu imponieren. Zudem werden Gebrauchsgüter vermehrt auf *Langlebigkeit* hin konzipiert und produziert statt dem heutigen Mode- und Verschleissdiktat unterworfen. Darüber hinaus geht natürlich auch der Konsum insgesamt zurück, denn er stellt jetzt nicht mehr den fast alleinigen Lebensinhalt dar.

Auch die Arbeitsinhalte wandeln sich in einer lokal und regional ausgerichteten Bandbreiten-Marktwirtschaft massiv. Erstens werden die Arbeitswege wieder kürzer und die Pendlerströme geringer. Zweitens sinkt der Druck auf die Unternehmen, die Produktion um jeden Preis zu rationalisieren und den Maschinenpark stets auf dem neuesten Stand zu halten. Die menschliche und *menschengemässe Arbeit* erhält einen hohen Stellenwert und ist nicht mehr länger dem Diktat der Maschine unterworfen.

Zudem kommen die mit dem Einsatz von Maschinen und Produktionsautomaten verbundenen Arbeitseinsparungen und -erleichterungen jetzt der Arbeitnehmerschaft zugute. Statt zu immer grösserer Hektik bei ständig wachsendem Produktionsausstoss führen sie bei insgesamt sinkender Produktion zu massiv kürzeren Arbeitszeiten und zu *mehr tatsächlicher Freizeit*, d.h. zu freier Zeit, die nicht mehr der blossen Zerstreung und Ablenkung vom Alltagsstress dient, sondern zur persönlichen Entwicklung im Dienst der Gemeinschaft genutzt werden kann. Weil die leistungslose Entschädigung des Kapitals wegen der niedrigen Zinssätze stark zurückgeht, bleibt darüber hinaus mehr Geld zur Vergütung des Faktors Arbeit. Und weil auch die Lebenshaltungskosten durch die gesunkenen Konsumansprüche und die jetzt nicht mehr in den Produktpreisen enthaltenen Zinskosten sinken, wird es möglich, das gesellschaftlich noch notwendige Arbeitsvolumen besser und gerechter auf die arbeitsfähige Bevölkerung zu verteilen.

Nicht nur der Mensch, sondern auch die Natur wird jedoch durch eine Wirtschaft, die wieder zum menschlichen Mass zurückgefunden hat, sehr stark entlastet. Jetzt kann *Natur- und Umweltschutz* zu einem integralen Bestandteil der übrigen Politikbereiche und auch der Wirtschaftspolitik werden. Denn nun rennt er nicht mehr einer konkurrenzbestimmten Geldwirtschafts-Logik hinterher, die auf der Vereinnahmung von immer noch mehr Natur basiert. Durch den Übergang von einer selbstwuchernden zu einer selbstorganisierten Marktwirtschaft sinkt das derzeitig völlig übersteigerte Produktions-, Konsum- und Verkehrsvolumen ab und führt dazu, dass der Druck auf die Natur als Rohstoff- und Energielieferantin markant zurückgeht. Darüber hinaus werden Technologien zur effizienteren Rohstoff- und Energienutzung jetzt nicht mehr nur in höhere Stückzahlen der Produktion umgesetzt, sondern haben einen zusätzlich sinkenden Gesamtverbrauch zur Folge. Weil auch in bevölkerungsreichen Gebieten die Lebensqualität wieder steigt und die Alltagshektik sinkt,

entfällt ferner die Funktion der Natur als Fluchtort. Sie wird vom Tagestourismus entlastet, und die Menschen werden wieder fähig, eine tiefere Beziehung zu ihr aufzubauen, sich als Teil der Natur zu verstehen und ihre natürliche Mitwelt und sich selber in ihrem Eigenwert zu respektieren.

Scheinbare Widersprüche

Das alles tönt nun fast so, als könnten wir durch veränderte Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft die Erde in ein Paradies verwandeln. Ist das aber nicht zu optimistisch gedacht, weil nämlich mit der Einführung von Obergrenzen für Einkommen und Gewinne eine gewaltige Kapitalflucht einsetzen wird und damit das Experiment zum vornherein zum Scheitern verurteilt ist? Nein, das erscheint nur aufgrund der heutigen Denklogik so. Dass all jene, die ihre Einkommen und Gewinne weiterhin unendlich vermehren wollen, das betreffende Pionierland verlassen, ist überhaupt die Voraussetzung für das Gelingen des Experiments. Denn genau sie sind es, die mit ihrem *Streben nach unendlicher Akkumulation* der gesamten Gesellschaft finanzielle Substanz und Kreativität entziehen und sie zudem unter *Wachstumszwang* setzen. Obwohl meist hochangesehen und als unentbehrlich erachtet, haben sie in Tat und Wahrheit eine Schmarotzerfunktion inne, derer sich das Pionierland entledigen muss, um die Funktion des Wirtschaftens wieder harmonisch und gleichwertig in die übrigen gesellschaftlichen Aktivitäten integrieren zu können.

Natürlich steht es aber einer *Grossunternehmung* auch frei, sich in rechtlich selbständige kleinere Einheiten aufzulösen oder aber vergleichsweise gross zu bleiben, dann jedoch nur einen Teil des Gewinns für sich zu behalten. Durch all jene, die es demgegenüber vorziehen, ihren (Wohn-)Sitz und ihr Kapital soweit als möglich ins Ausland zu verlegen, wird die Währung des Pionierlandes zwar an Wert verlieren, d.h. der Wechselkurs wird sinken. Auch das ist jedoch positiv, weil sich nun die Importe verteuern und dadurch ein natürlicher

Schutz der kleinräumig produzierenden inländischen Industrie gegenüber der betriebswirtschaftlich an sich billigeren ausländischen Massenproduktion entsteht. Zudem verteuern sich nun die Importe von Rohstoffen und Energie. Das führt zu einer *sparsameren Nutzung* nicht-erneuerbarer Energien und zu einer vermehrten Substitution durch erneuerbare Energieträger und fördert das Recycling von Produkten und Grundstoffen. Darüber hinaus entstehen endlich *gerechtere Terms of Trade* zu den Entwicklungsländern. Diese erhalten im Austausch mit Unternehmen des Pionierlandes einen höheren Preis für ihre Produkte, werden aber gleichzeitig mengenmässig weniger Produkte exportieren, sondern sie vermehrt für die Bedarfsdeckung der eigenen Bevölkerung gebrauchen können.

Was aber ist mit den *Arbeitsplätzen*, die durch die Abwanderung vieler Grossunternehmen, durch überflüssig gewordene wirtschaftliche Zwischenleistungen wie z.B. Transporte und durch den Rückgang des Konsums verlorengehen? Auch dieser Einwand ist zwar auf den ersten Blick naheliegend und gerechtfertigt, relativiert sich jedoch bei näherem Hinsehen. Wie bereits gesagt, sinkt durch die Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur der Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck. Auch sind *alternative Technologien*, die jetzt vermehrt an die Stelle der herkömmlichen treten, arbeitsintensiver. Ferner wird es aufgrund des gesunkenen Anspruchsniveaus, der nach oben hin limitierten Einkommen und des garantierten Grundeinkommens leichter, die Lohnarbeit gerechter und gleichmässiger auf die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen.

Vor allem aber schaffen die abgewanderten Grossfirmen in ganz verschiedener Hinsicht Raum für die *Neugründung von Unternehmen*: Erstens können sie ihre Produktionsanlagen nicht mitnehmen, zweitens ihre Marktmacht nicht mehr länger ausüben und damit Innovationen verhindern, und drittens werden durch die Abwanderung des Grosskapitals auch die Immobilienpreise sinken. Weil der Staat mit

der Einführung von Obergrenzen auf Einkommen und Gewinnen vorübergehend beträchtlich höhere Steuereinnahmen erzielt, ist es ihm zudem möglich, gezielt die Neugründung von Unternehmungen zu unterstützen und damit anstelle der verlorengegangenen Arbeitsplätze neue, kreativere und qualitativ bessere und sinnvollere schaffen zu helfen. Der heutige Überflusswohlstand wird dadurch sozusagen abgeschöpft und dazu eingesetzt, wieder auf einen nachhaltigen und zukunftsgeren Entwicklungspfad der Gesellschaft zu gelangen. Und im übrigen können jetzt auch überflüssig gewordene Produktionsanlagen und Strassen wieder in *Grünflächen zurückverwandelt* und der Natur zurückgegeben werden.

Entflechtung von Politik und Wirtschaft

Tritt jedoch nun nicht an die Stelle der Macht der Grosskonzerne lediglich diejenige des Staates? Auch hier lautet die Antwort: nein. Der Staat erzielt bloss vorübergehend höhere Steuereinnahmen. Mit dem angestrebten Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten werden auch das Steueraufkommen und mit ihm die *Staatsaktivitäten zurückgehen*. Der Staat beschränkt sich nunmehr hauptsächlich darauf, der Marktwirtschaft wirksame Rahmenbedingungen vorzugeben. Im Gegensatz zu heute, wo diese Rahmenbedingungen weitgehend fehlen oder nur auf einen Hyperaktivismus des Wirtschaftens ausgerichtet sind, muss der Staat nun nicht mehr überall korrigierend und als Nothelfer in den Wirtschaftsprozess eingreifen. All seine kostspieligen Aktivitäten, die zur Hauptsache dazu dienen, einerseits die Wirtschaftsaktivitäten weiter anzuheizen und sich andererseits der vielen und immer zahlreicheren Opfer derselben anzunehmen, entfallen weitgehend, weil es diese Opfer gar nicht mehr gibt.

Auch wird es nun möglich, der *Demokratie* zum Durchbruch zu verhelfen, denn sie ist jetzt nicht mehr länger durch eine vermachtete und durch immer grössere Einheiten dominierte Wirtschaft verein-

nahmt. Politische Entscheide können wieder am Gesamtinteresse und nicht mehr nur am Interesse der Wirtschaft orientiert werden. Der Verbreitung der *Gentechnik* und anderer, auf linear-materialistischem Denken basierender Technologien lassen sich Riegel schieben, und der Natur kann über die zusätzliche *Verteuerung der Energie* auch ökonomisch ein Wert gegeben werden. Die Erträge einer entsprechenden Lenkungsabgabe verbleiben zweckmässigerweise zum Teil beim Staat und werden im übrigen als *Ökobonus* an die Bevölkerung und an die Wirtschaft rückerstattet. Des weiteren verlagert sich die staatliche Technologieförderung viel stärker von nicht erneuerbaren auf erneuerbare Energieformen und -träger. Und schliesslich wird es möglich, die Bauzonen zu verkleinern und auch im Siedlungsraum genügend grosse *ökologische Ausgleichsflächen* auszuscheiden.

Weitere wichtige neue Akzentsetzungen bestehen darin, nach Wegen für ein *neues Bodenrecht* zu suchen, das sich anstatt an einem bedingungslosen und unbeschränkten Verfügungsrecht im Sinne des *Dominium* wieder an einem Nutzungsrecht im Sinne des *Patrimonium* orientiert. Ähnliche Lösungen müssen ferner auch beim *Patentrecht* angestrebt werden. Patente dürfen nicht mehr auf Jahre und Jahrzehnte hinaus einen Monopolanspruch für technisches Wissen garantieren und damit sinnvolle Innovationen verhindern und verzögern. Und schliesslich kann der Wandel von einer wachstumsbestimmten zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform institutionell unterstützt werden durch die *Schaffung eines Zukunftsrates auf parlamentarischer Ebene*. Er tritt gleichberechtigt neben die beiden anderen Parlamentskammern und hat seine Hauptaufgabe darin, die Interessen künftiger Generationen in den politischen Prozess und in die Gesetzgebung einzubringen.⁴

Indem ein Land beginnt, diese politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der Basis einer selbstorganisierten Bandbreiten-Marktwirtschaft an die Hand zu nehmen, über-

nimmt es eine Pionier- und Vorbildrolle auch für andere. Es zeigt auf, dass es möglich ist, *losgelöst von den Zwängen des Weltmarktes* eigene Wege zu gehen und eine Gesellschaftsform auf der Basis einer neu verstandenen und gelebten Freiheit zu verwirklichen. Diese Freiheit orientiert sich an der noch etwas ungewohnt klingenden Frage, wie wir mit einem *Minimum an Wirtschaftsleistung* und unter grösstmöglicher Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Natur und der kommenden Generationen ein *Maximum an Lebensqualität* für die gesamte Menschheit entstehen lassen können. Mit anderen Worten, sie führt sich nicht mehr länger im Zwang ad absurdum, mit immer noch mehr Wirtschaftsleistung angeblich immer noch mehr Lebensqualität zu schaffen.

Das Land, das hier vorangeht und aus den selbstgeschaffenen Sachzwängen ausbricht, wird andere motivieren, ihm nachzufolgen, und letztlich – so die Vision – wird die materielle Versorgung der ganzen Welt durch lokal und regional ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen und -aktivitäten gewährleistet sein, so wie das kein Geringerer als *John Maynard Keynes* bereits in den dreissiger Jahren formuliert hat: «Ich unterstütze all jene, die die wirtschaftlichen Verwicklungen zwischen den Nationen vermindern, statt sie zu maximieren. Ideen, Wissen, Gastfreundschaft, Reisen, all diese Dinge sollten ihrer Natur gemäss international sein. Aber Waren sollten einheimisch sein, wann immer dies vernünftig und einfach möglich ist. Und vor allem muss das Finanzwesen national bleiben.»⁵

Selbsterstörung oder Quantensprung des individuellen und kollektiven Bewusstseins?

Wie aber kann diese *Vision*, die den heutigen Entwicklungen diametral entgegensteht, Wirklichkeit werden? Vorerst einmal, und das mag erstaunen, ist es gar nicht so wichtig, dass sie Realität wird. Nur schon die Tatsache, dass sie existiert und bekannt wird – z.B. auch durch eine entsprechende Volksinitiative –, setzt bereits

Veränderungen in Gang. Zum einen lernen dadurch mehr und mehr Menschen, die derzeitigen Entwicklungen und Realitäten kritisch zu sehen und zu verstehen. Und zum andern wissen sie jetzt, dass es *Alternativen* «jenseits von Kapitalismus und Kommunismus» gibt, die weiterentwickelt werden können und nur darauf warten, verwirklicht zu werden. Allein daraus entsteht bereits eine grosse Kraft, und es wird ein *Bewusstseinswandel* in Gang gesetzt, welcher die unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung des Modells einer Bandbreiten-Marktwirtschaft bildet. Es kann nämlich sinnvollerweise nur durch eine demokratische Mehrheit der Bevölkerung und keinesfalls durch diktatorischen Zwang in die Tat umgesetzt werden.

Erst wenn genügend Menschen erkannt haben, dass es weder für sie selber noch für die Gesellschaft noch für die Natur irgendeinen Sinn ergibt, unendlich Geld und Güter horten zu wollen, sondern dass wir wieder lernen müssen, uns in unseren Ansprüchen zu bescheiden und mit anderen zu teilen, ist die Zeit reif für eine *nachhaltige Wirtschaft mit menschlichem Antlitz*. Bis dahin aber wird der Leidensdruck wohl weiter zunehmen, und es muss vielleicht zuerst zu erheblichen Zusammenbrüchen des jetzigen, auf der Unmöglichkeit unendlichen materiellen Wachstums aufbauenden Weltwirtschaftssystems kommen. Wenigstens steht dann aber nach einem derartigen Zusammenbruch eine Alternative zur Verfügung, die Wege zum Wirtschaften im Einklang mit der Natur und mit uns selbst weist.

Es liegt an uns selber zu bestimmen, wie gross der Leidensdruck für Veränderungen werden muss und wieviele Opfer an Menschen und Natur der «Krieg mit «friedlichen» Mitteln» in Form einer deregulierten und entfesselten Weltwirtschaft noch fordert. Mit nur etwas gutem Willen könnten wir dieser *kollektiven Selbsterstörung* ein Ende bereiten und als ein Zeitalter in die Geschichte eingehen, das die Kraft zum Leben wiedergefunden hat, das nicht mehr nur Disteln, sondern auch wieder Sonnenblumen sät, das eine wieder lebenswerte

Zukunft hervorbringt, welche die geschundene Natur in eine blühende Schöpfung zurückzuverwandeln vermag und in der die Menschen auch ihre Liebensfähigkeit zurückgewinnen, weil sie erkennen, dass der Mensch die ganze Schöpfung lieben muss – oder nichts in ihr lieben kann – und dass er nur Liebe bekommen kann, wenn er selber Liebe in sich trägt!

1 Vgl. Hans Christoph Binswanger, Geld & Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Edition Weitbrecht, Stuttgart und Wien 1991.

2 Hans-Peter Studer, Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Kritik der materialistischen Gesellschaft und Wege zu ihrer Überwindung, osiris verlag, 3. Auflage, Niderteufen 1992, S. 179.

3 Vgl. Infrac (Hg.), Qualitative Aspekte einer zukunftsfähigen Schweiz, Arbeitsbericht, Zürich, 23. Dezember 1995.

4 Vgl. Roland Posner, Das Dreikammer-System: Ein Weg zur demokratischen Organisation von kollektivem Wissen und Gewissen über Jahrtausende, in: Roland Posner (Hg.): Warnungen an die ferne Zukunft – Atom-müll als Kommunikationsproblem, Raben-Verlag, München 1990, S. 259ff.; Gruppe von Flüh, Ein Zukunftsrat als Dritte Parlamentskammer, Das Modell von Flüh, 1. Februar 1996, erhältlich beim Forum für verantwortbare Wissenschaft, CH-4112 Flüh.

5 Zit. in Herman E. Daly, The Perils of Free Trade, 1994, auszugsweise übersetzt in: Zeitpunkt Nr. 17/18, S. 37.

EXODUS

keinen Weg in die Freiheit
ausser durchs Schilfmeer
hinter mir die Ägypter
mit Ross und Wagen und Kriegsgeschrei
links und rechts die Wasserwände
zurückgehalten von unsichtbarer Hand
unter mir der schlammige Meeresgrund
Tritt suchen für jeden Schritt
in mir die Erinnerung an die Fleischtöpfe Ägyptens
und die Verheissung des gelobten Landes

ich habe die Freiheit gewählt
aber nicht diesen Weg

keinen Weg in die Freiheit
für die Sklavinnen der Fleischtöpfe Ägyptens
ausser durchs Schilfmeer
keine Wegweiser und vorgespurten Strassen
Wolke und Feuer genügen
ich gehe hindurch
vor mir die tanzende Mirjam

Karin Scheiber